

Pauschale Stelleneinsparungen

Verheerendes Signal an die Beschäftigten

Die Fortsetzung von pauschalen Stelleneinsparungen im Bundeshaushalt 2010 hat beim BDZ heftigen Protest hervorgerufen. Entgegen dem ursprünglichen Regierungsentwurf sieht der von Bundestag und Bundesrat gebilligte Haushalt pauschale Stelleneinsparungen von insgesamt 1,4 Prozent vor. BDZ-Chef Klaus H. Leprich bezeichnete die Auswirkungen für den Zoll als Beitrag zur Förderung der Steuerunehrlichkeit und der Zollkriminalität in Deutschland und Europa.

Ausnahmen von den pauschalen Stelleneinsparungen bestehen beim Zoll nach dem Haushaltsgesetz 2010 bei den Planstellen im Grenzzolldienst, im Zollfahndungsdienst und beim Zollkriminalamt, bei den Mobilien Kontrollgruppen (heutige Kontrolleinheiten Verkehrswege) sowie bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit.

Im Haushaltsjahr 2010 ausgebrachte Planstellen für Beamtinnen und Beamten sowie Stellen für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in dem finanziellen Umfang einzusparen, der sich ergäbe, wenn 1 Prozent dieser Planstellen und Stellen kegelgerecht eingespart würden. Hinzu kommt eine sich auch auf die bisher ausgenommenen Bereiche (oberste Bundesbehörden und Vollzugsbereich) erstreckende Ausweitung des auf die Verlängerung der Wochenarbeitszeit entfallenden Anteils der Stelleneinsparungen in Höhe von 0,4 Prozent. Auch die Bereiche, die von den pauschalen Stelleneinsparungen ausgenommen sind, müssen entgegen den bisherigen Regelungen diese 0,4 Prozent erbringen.

Der BDZ wendet sich mit Nachdruck gegen die pauschalen Stelleneinsparungen. Nachdem das Bundeskabinett mit dem ursprünglichen Verzicht auf diese Maßnahme im Entwurf den richtigen Weg eingeschlagen hatte, haben die parlamentarischen Beratungen und das Gesetzgebungsverfahren erneut zu einem Rückschritt geführt.

Nach Aussage von BDZ-Chef Klaus H. Leprich ist die Beibehaltung pauschaler Stelleneinsparungen ein „verheerendes Signal“ auch an die Beschäftigten des Zolls, die in weiten Teilen längst an der Belastungsgrenze angekommen seien. Der Personalmangel werde auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen und der ordnungsgemäße Aufgabenvollzug in bedeutenden Einnahmebereichen des Zolls (zum Beispiel in der Vollstreckung) weiter beeinträchtigt. Die pauschalen Stelleneinsparungen zeugten vom Realitätsverlust der Politik, die die zum Teil dramatische Stellensituation im öffentlichen Dienst offensichtlich nicht anerkennen wolle, so Leprich weiter. Die 200 zusätzlichen Planstellen für die Finanzkontrolle Schwarzarbeit würden damit mehrfach aufgezehrt und seien nicht mehr als ein „politisches Feigenblatt“.

Berlin, 09.04 2010